

Ihre Zeitung in  
deutscher Sprache



POSTMASTER: MUST BE DELIVERED BY APR 17, 2021  
Versandt am 13. 4. 2021 Einzelpreis US\$3.50

AMERICAN NEWSPAPER PUBLISHED IN GERMAN



# W NORDAMERIKANISCHE WOCHENPOST

167th Year - No. 23592086 • Sunday, April 11 - Saturday, April 17, 2021



«Die hohe Frau» -  
Vor 100 Jahren starb  
die letzte deutsche  
Kaiserin  
Seite 4



Hunter Biden, der Ex-Junkie:  
Der Präsidentensohn und  
seine Sucht  
Seite 5



**NACHRICHTEN - Kompakt**

**Trauerfeier für Prinz Philip am kommenden Samstag - Warten auf Harry London/Windsor** (dpa) - Nach dem Tod von Prinz Philip wird mit Spannung auf die Ankunft seines Enkels Prinz Harry (36) aus den USA gewartet. Der Prinzgemahl von Königin Elizabeth II. (94) war am Freitag im Alter von 99 Jahren gestorben. Ein Palastsprecher hatte bestätigt, dass Harry an der Beerdigung seines Großvaters am kommenden Samstag (17. April) teilnehmen wird. Seine Frau, Herzogin Meghan (39), wird jedoch nicht dabei sein. Der Schwangeren sei von ihrem Arzt von der Reise abgeraten worden, hieß es.

**Deutsche Außenpolitiker werfen Russland Folterung Nawalys vor** Berlin (dpa) - Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages haben in einem Brief an Alexej Nawalny von «gezielter Folter» des inhaftierten russischen Oppositionspolitikers gesprochen. In dem Schreiben sprachen sie Nawalny ihre Anerkennung und volle Solidarität aus und erklärten, dass sie mit großer Sorge die Berichterstattung über die Haftbedingungen verfolgten. «Wir werten den Umgang mit Ihnen als gezielte Folter und damit als unvereinbar mit dem Europäischen Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe», heißt es in dem Brief.

**Michel: «Europa wird führender Impfstoffhersteller»** Berlin (dpa) - EU-Ratspräsident Charles Michel hat den Aufstieg der Europäischen Union zu einem führenden Impfstoffproduzenten der Welt vorausgesagt. «Wenn wir die Produktion in den nächsten Wochen weiter beschleunigen, wird Europa ein führender, vielleicht sogar der weltgrößte Impfstoffhersteller sein», sagte Michel dem «Handelsblatt» und anderen europäischen Wirtschaftsmedien. Zum Vergleich mit den USA beim Abschneiden in der Corona-Krise meinte Michel, man müsse «alle Elemente» der Krisenpolitik berücksichtigen. Dazu zählten auch die großzügigeren europäischen Sozialleistungen.

**Bisher 42 Fälle von Sinusvenenthrombose nach Astrazeneca-Impfung** Langen (dpa) - In Deutschland sind bislang 42 Verdachtsfälle einer Sinusvenenthrombose nach Impfung mit dem Corona-Impfstoff von Astrazeneca bekannt. Das berichtet das Paul-Ehrlich-Institut. Mit Ausnahme von sieben Fällen seien Frauen im Alter von 20 bis 63 Jahren betroffen gewesen. Allerdings seien Frauen nach den Angaben des Robert Koch-Instituts auch häufiger als Männer mit dem Produkt geimpft worden. Die Männer seien 24 bis 58 Jahre alt gewesen. Acht Betroffene starben, fünf Frauen und drei Männer, heißt es. Inzwischen wird der Impfstoff in Deutschland in der Regel nur noch für Menschen ab 60 Jahren verwendet.

**EU-Kommission will Impfstoff für Kinder und Auffrischungen bestellen** Brüssel (dpa) - Die EU-Kommission will bis zu 1,8 Milliarden Corona-Impfdosen für Auffrischungen und für Kinder bestellen. Entsprechende Pläne stellte die Brüsseler Behörde am Freitag im zuständigen Ausschuss der Mitgliedsstaaten vor, wie die Deutsche Presse-Agentur aus EU-Kommissionskreisen erfuhr. Zunächst werde man mit dem Hersteller Biontech/Pfizer verhandeln. Konkret soll es um eine Bestellung von 900 Millionen Dosen sowie eine Option auf weitere 900 Millionen gehen, wie es hieß. Bislang ist in der Staatengemeinschaft kein Impfstoff für Kinder und Jugendliche zugelassen.



Dresden: Passanten gehen am Ufer der Elbe vor der Kulisse der Altstadt hinter einer blühenden Zierkirsche entlang. Foto: dpa

## AfD will Deutschland aus EU führen - Anti-Migrationskurs verschärft

Auf dem Bundesparteitag der AfD hat das sogenannte gemäßigte Lager um Parteichef Jörg Meuthen einen schweren Stand. Ungeachtet der Warnungen ihres langjährigen Vorsitzenden spricht sich die AfD in ihrem Wahlprogramm nun erstmals klar für einen «Dexit» aus.

Dresden (dpa) - Mit der Forderung zum Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und ohne Spitzenkandidaten hat die AfD ihren Bundestagswahlkampf eingeleitet. Bei einem am ersten Tag von Protest begleiteten Präsenzparteitag in Dresden sprachen sich die mehr als 550 anwesenden Delegierten per Mehrheitsbeschluss für einen Austritt Deutschlands aus der EU aus. In dem Beschluss dazu hieß es: «Wir halten einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig.» Parteichef Jörg Meuthen, der dem Europäischen Parlament angehört, hatte sich klar dagegen ausgesprochen. Er sagte: «Politik ist die Kunst des Möglichen.»

«#Dexit» war am Sonntag unter den Top-Themen im Kurznachrichtendienst Twitter. Das wäre das «Ende der EU und des Binnenmarkts, unseres wichtigsten Exportmarktes», schrieb FDP-Vize Alexander Graf Lambsdorff. Er warf der AfD «stupfen Nationalismus» vor. Beim Thema Migration setzten sich gleichfalls die Hardliner durch. Die Einwanderung - auch von Fachkräften - soll stark eingeschränkt werden. Als Vorbild soll Japan dienen. Trotz Warnung eines Delegierten wurde auch ein Pausus beschlossen, der einen Fachkräftemangel im Grund leugnet. Der «sogenannte Fachkräftemangel» sei ein «konstruiertes Narrativ der Industrie- und Wirtschaftsverbände sowie anderer Lobbyvereine», heißt es nun. Die AfD verlangt zudem die «Ablehnung jeglichen Familiennachzuges für Flüchtlinge». Kritiker dieser Formulierung wiesen darauf hin, dass das rechtlich gar nicht möglich sei. Der Thüringer Landeschef Björn Höcke konterte mit dem Hinweis, man befinde sich hier in keiner rechtlichen, sondern einer politischen Sphäre. Es gehe einzig darum, eine politische Botschaft für die Wähler zu setzen. Ein Delegierter erinnerte seine Kollegen daran, dass die AfD eine

Familienpartei sei und ihr ein solcher Antrag den Vorwurf der Inhumanität einbringe. An anderer Stelle im Wahlprogramm heißt es, eine humanitäre Aufnahme dürfe es nur für vom Bundestag ausgewählte, besonders schutzbedürftige Personen geben, «für deren Auswahl ein mit der deutschen Werte- und Gesellschaftsordnung vereinbarter kultureller und religiöser Hintergrund ein wichtiges Kriterium ist». In ihr Programm für die Bundestagswahl am 26. September fügten die Delegierten zudem den Pausus ein: «Die Bundeswehr soll wieder einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte pflegen. Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit. Die Bundeswehr muss die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte leben.» Mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde ein Antrag, in dem es hieß: «Insbesondere soll der mittlerweile so gut wie nicht mehr vergebene Waffenschein, der besonders gefährdeten Personen das Führen von scharfen Waffen in der Öffentlichkeit erlaubt, bei nachgewiesener Gefährdung leichter als bislang ausgestellt werden.» Dieser Antrag wurde aber zur Prüfung an einen Partei-

ausschuss verwiesen, der sich mit dem Programm der Partei zur Inneren Sicherheit beschäftigt. Der Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider aus Sachsen-Anhalt hatte für diesen Antrag geworben. Ihm seien mehrere AfD-Abgeordnete bekannt, die vergeblich einen Waffenschein beantragt hätten. «Und bitte schön, wer ist wesentlich mehr als die Allgemeinheit durch Angriffe an Leib und Leben gefährdet als ein AfD-Landtagsabgeordneter oder -Bundestagsabgeordneter?», fügte er hinzu. Der Bundestagsabgeordnete Götz Frömming warnte, falls diese Forderung im Programm für die Bundestagswahl landen sollte, wäre der einzige Effekt, «dass man sagen wird, die AfD will sich selbst bewaffnen». Vor Abschluss des Parteitages sollte noch über Satzungsänderungen beraten werden. Der Landesvorstand von Sachsen-Anhalt wollte eine Abstimmung zur Begrenzung von Amtszeiten zur Abstimmung stellen. Demnach soll ein Mitglied des Bundesvorstandes höchstens zweimal unmittelbar in dasselbe Parteiamt wiedergewählt werden können. Das würde für Meuthen bedeuten, dass er im November nicht erneut für den Vorsitz kandidieren dürfte. ► Fortgesetzt auf Seite 2

**UNSERE ADRESSE**

Phone: 586.486.5496

N.A. Wochenpost  
12200 E 13 Mile Rd, Ste. 140  
Warren, MI 48093

info@wochenpostusa.com  
www.wochenpostusa.com

